

Klimaverfassungsrecht

Seminar im
Wintersemester 2022/23



Im Wintersemester biete ich ein Seminar zum Klimaverfassungsrecht an. Es richtet sich in erster Linie an die Studierenden des Schwerpunkts „Umweltrecht und öffentliches Wirtschaftsrecht“ und setzt Grundkenntnisse des Klimarechts voraus, steht aber auch anderen offen.

Im Kern geht es um eine Analyse des epochalen Klimabeschlusses des Bundesverfassungsgerichts. Das Gericht hat hiermit das Klimaverfassungsrecht auf neue Grundlagen gestellt. Auf der einen Seite wird Art. 20a GG im Lichte des Paris-Abkommens gelesen und damit gleichsam internationalisiert. Auf der anderen Seite werden über Art. 20a GG die Grundrechte als Eingriffsabwehrrechte zum Schutz vor den gefährlichen Folgen des Klimawandels aktiviert.

Das Seminar beschäftigt sich mit der intertemporalen Wirkung des Klimaverfassungsrechts und will der neuen Figur „eingriffsähnlicher Vorwirkungen“ auf den Grund gehen. Angesprochen werden zentrale Verfassungsfragen wie zum Beispiel die Gewaltenteilung mit der Rolle der Gerichte für den Klimaschutz.

Vorgesehen ist eine geblockte Durchführung des Seminars Ende Januar oder Anfang Februar. Ein obligatorischer Vorbesprechungstermin mit der Vergabe der Seminararbeiten findet am

Dienstag, den 1. November 2022 um 14.00 Uhr in B 2245

statt.

Voraussetzung für die Teilnahme ist eine Anmeldung bei Frau Marion Schmincke-Koch (feu.sekretariat@uni-bremen.de).

Das nachfolgende Programm enthält mögliche Themen für Seminararbeiten und andere Prüfungsvorleistungen, wobei eigene Themen in Absprache mit mir möglich sind. Vorrang haben Seminarscheine nach § 31 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 PrüfO. Voraussetzung zum Erwerb eines Seminarscheins ist ein Referat von 20 Minuten Länge und eine schriftliche Ausarbeitung zwischen 20 und 30 Seiten, die bis zum 1. März 2023 (in Papierform) in der FEU abgegeben sein muss.

Programm (Themen)

I. Verfassungsrechtliche Grundlagen

1. Art. 20a GG als Staatszielbestimmung
2. Ein neuer Trend: Klimaklagen im Vergleich
3. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – früher und heute

II. Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts

4. Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerden
5. Schutzpflichten und/oder Eingriffsabwehrrechte?
6. Eingriffsähnliche Vorwirkungen in der Eingriffsdogmatik
7. Verstoß gegen die Normenhierarchie? Klimaschutzgesetz als Verfassungsmaßstab
8. Internationalisierung von Verfassungsrecht: Zur Integration des Paris-Abkommens in das Grundgesetz
9. Verpflichtung zu einem nationalen CO₂-Restbudget?
10. Verhältnismäßigkeit

III. Folgen

11. Art. 20a GG als normgeprägte Staatszielbestimmung
12. Intertemporalität als Grundrechtsfunktion für Klimagerechtigkeit
13. Budgetansatz: Von der Begrenzung zur Bewirtschaftung
14. Auslegungsmaximen für das einfache Gesetzesrecht
15. Verstoß gegen die Gewaltenteilung?